

»Totgesagte leben länger«

TÜBINGEN. Nur wenige Tage, nachdem die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Gesundheitsreform ausgehandelt hat, steht das Projekt auch schon wieder in der Kritik, sogar aus dem eigenen Lager. GEA-Mitarbeiter Joachim Baier sprach mit der Tübingerin Annette Widmann-Mauz (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, über das umstrittene Reformprojekt.

1 *Wie tragfähig ist die neue Gesundheitsreform? Wird sie die Legislaturperiode überdauern?*

Annette Widmann-Mauz: Totgesagte leben länger. Ich bin davon überzeugt, dass diese Reform ein tragfähiges Konzept ist. Wir begrenzen das drohende Defizit und wir beteiligen alle Gruppen, die mit der Gesundheit Geld verdienen, an den Kosten. Wir schaffen mit der Reform den Einstieg in die Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten. Das tun wir mit dem Instrument der Zusatzbeiträge, die auch den Wettbewerb der Kassen untereinander befördern. Den Solidarausgleich verlagern wir weg von den Krankenkassen und finanzieren ihn aus den Steuergeldern der großen Solidargemeinschaft. Das Gesundheitswesen ist ein so komplexer Sektor, dass wir dauerhaft nach effizienten Lösungen suchen müssen.

2 *Die Versicherten müssen tiefer in die Tasche greifen. Wie passt das zur Koalitionsaussage »mehr Netto vom Brutto«?*

Widmann-Mauz: Gesundheit mit dem Anspruch auf eine qualitativ hochwertige Versorgung für eine alternde Gesellschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wer den medizinischen Fortschritt für alle Menschen in unserem Land zugänglich machen will, kommt um höhere Ausgaben nicht herum. Wir haben aber bewusst darauf verzichtet, diejenigen zu belasten, die auf das Gesundheitssystem angewiesen sind, die Kranken nämlich.

3 *In der Diskussion um Einsparungen wird vorgeschlagen, homöopathische Behandlungen als Kassenleistung zu streichen. Was halten Sie von diesem Vorschlag?*

Widmann-Mauz: Aus meiner Sicht sind das Debatten, die den Streit nicht wert sind. Zumal sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für homöopathische Arzneimittel in einer Größenordnung von rund 8 Millionen Euro bewegen. Gemessen an den Gesamtausgaben von über 170 Milliarden Euro ist das sehr wenig. Aus dem Gesundheitsministerium gibt es dazu jedenfalls keine Überlegungen. (GEA)